

II-4174 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgeb. periode

A N F R A G E

Nr. 20791J

1982-07-15

der Abgeordneten Dr. Ettmayer  
und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend konsumentenfeindliche Bestimmungen des Versicherungs-  
vertragsgesetzes

Die österreichischen Versicherungsunternehmen aliquotieren bei der Kündigung einer KFZ-Versicherung wohl die KFZ-Haftpflichtprämie, verlangen jedoch in der Mehrzahl der Fälle die volle Jahresprämie für darüber hinaus gehende Versicherungsverhältnisse wie Teilkasko- oder Vollkaskoversicherung. Diese Vorgangsweise der österreichischen Versicherungswirtschaft bedeutet, daß der Versicherungsnehmer die volle Jahresprämie für Teilkasko- bzw. Vollkaskoversicherungen zu zahlen hat, auch wenn er den Versicherungsschutz auf Grund der Abmeldung oder des Verkaufs seines Kraftfahrzeuges nur ein paar Tage genießt. Diese Praxis der Versicherungen wird mit § 70 Abs. 3 in Zusammenhang mit § 70 Abs. 2 Versicherungsvertragsgesetz begründet.

Angesichts dieser nicht einsichtigen und konsumentenfeindlichen Praxis der österreichischen Versicherungsunternehmen stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen als Aufsichtsbehörde folgende

A n f r a g e :

Was werden Sie als Versicherungsaufsichtsbehörde unternehmen, um die oben dargestellte konsumentenfeindliche und durch nichts begründete Praxis der österreichischen Versicherungswirtschaft zu ändern?